

Volks-Zeitung

Verschärfung des Eisenbahnerstreits.

An die Eisenbahner!

Die Streikbewegung unter den Eisenbahnern hat heute eine bedeutende Ausdehnung erfahren. Auf der Wannseebahn ruht seit gestern abend der Verkehr ganz, und der Stadtbahnverkehr ist vollständig untergebrochen. Wenn auch von einem Generalstreik nicht gesprochen werden kann, so ist doch ein Teilstreik in großer Ausdehnung zu beobachten, und man muß befürchten, daß der Streik sich unter Umständen dem Generalstreik bedeutend nähert. Gestern haben im Eisenbahnamt zwischen den Vertretern der Regierung und den Eisenbahnervereinigungen Verhandlungen stattgefunden, die noch kein Ergebnis zeigten. Was die Minister Südekum und Celler dort ausgeführt haben an Milderndeinheiten, die durch die Erfüllung der gestellten Forderungen annehmbar sind, das zeigt, daß man eine mildere Linie finden muß. In den Verhandlungen ist auch festgestellt worden, daß in dem Bureau der Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes ein Komitee für die Abklärung der Streitpunkte in fünfjüngstigen Exemplaren gefunden worden ist, das zum Sturz der Regierung und zum Generalstreik aufruft. Die Führer des Eisenbahnerverbandes haben nachdrücklich erklärt, daß sie nichts mit diesem Komitee zu tun haben und daß ihre Bewegung eine rein wirtschaftliche sei. Es zeigt sich aber, daß unter den Eisenbahnern sich Elemente befinden, die die Konjunktur politisch auszunutzen möchten. Gerade darum haben die Eisenbahner alle Veranlassung, sich von politischen Zielen fernzuhalten. Denn wenn Funktionen der Eisenbahn hängt das Wohl und Gedeihen der ganzen Großstadt ab. Schaltungen und Gleise, Krane und Schienen laufen weg, wenn die notwendige Lebensmittelaufnahme unterbleibt. Wenn Todesfälle aus diesen Gründen vorkämen, würde man zuerst den Urheber des Streiks suchen. Darum haben die Eisenbahner alle Veranlassung, ihre Stellung zu dem Streit genau zu bejahen. Herr Rabe hat einen Erlaß gegen das Streifen herausgegeben, dessen Zweck wieder den alten Ton der Machtpolitik anbläst. Aber die Eisenbahner sollten sich daran nicht stoßen, sondern im Gegenteil ihre Besten, daß sie die Verantwortung der Stunde verstehen!

Die heutige Lage.

Seiner hat der Eisenbahnerstreik heute eine Verschärfung erfahren. Gemütliche Haupt- und Nebenverkehrsstätten in Groß-Berlin stehen jetzt still. Die Eisenbahnen verkehren durch Güterzüge und Agitatoren auch die Beamten für sich zu gewinnen, und es ist nicht zu leugnen, daß auch in den Kreisen der Hochbeamten der politische Erfolg heute die Hauptaufgabe ist. Die Mitbestimmung ist derzeit groß, wobei der Deutsche Eisenbahnerverband und der Allgemeine Eisenbahnerverband zusammen mit den Ausschüssen der unmittelbaren Eisenbahndirektionen heute zusammenkommen, um zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Auch in den Kreisen der Eisenbahnen ist die Stimmung sehr rigoros geworden. Man befürchtet, daß durch den Erfolg der politischen Ziele heute die Eisenbahnen des Streiks für lange Zeit genötigt werden und daß sie so keine wirksame Handhabe mehr besitzen, um ihre Forderungen durchzusetzen. In den Eisenbahnen sind gestern zahlreiche kommunistische Flugblätter verteilt worden, in denen die Beamten aufgefordert werden, sich solidarisch mit den Arbeitern zu erklären. Es sollen die Bedienung von Expresszügen verweigert und sollen durch einen allgemeinen Streik den Eisenbahnen die Regierung mit befehlen, von der die deutschen Eisenbahner nicht zu erwarten hätten. Heute nachmittag findet eine Versammlung der Eisenbahner im Sportplatz statt, in welcher die Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes über den Stand der Verhandlungen Bericht erstatten wird. Es soll nochmals ein Appell an alle Beamten und Arbeiter gerichtet werden, seine vorläufigen Beschlüsse zu fassen.

Die gestrigen Verhandlungen.

Die gestrigen Verhandlungen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten gegen 1 Uhr nachts. Das Besondere an den Verhandlungen war die Teilnahme von Herrn Celler, der einen Streikverbot wieder der Eisenbahnerminister, noch die anderen Mitglieder des Kabinetts den Eisenbahnervereinigungen zuzuhören zu machen, die bei der kritischen Finanzlage des Eisenbahnamts für sich selbst vertreten. Andererseits aber mußten auch die Eisenbahner sich ergeben, daß sie, selbst wenn die Forderungen zum Teil befriedigt würden, für eine einmütige und geschlossene

Einzug der Reichswehr in Hamburg.

„Ohne Störung in vollständiger Ruhe.“ — Ein besonderer Beschluß der organisierten Arbeiter. — Kommunisten hinter den Kulissen?

Hamburg, 27. Juni, 11 Uhr vormittags. (W. L. B.)

Seit heute erfolgte der Einmarsch der Reichswehr, die unter dem Befehl des Generalmajors Marschall aus Lübeck nach. Bis 9 Uhr morgens waren die Truppen, die bedeutende Verstärkungen erhalten hatten, von Osten her bis zur Alster vorgedrungen. Die Truppen sind im Zentrum auf dem Hauptbahnhof. Auf der Westseite erfolgt der Vormarsch von Wahrenfeld aus. Die Bewegung ging bisher ohne Störung in vollständiger Ruhe vor sich. Der Vormarsch erfolgte, da keine Schwierigkeiten für die Ausfahrungen der getroffenen Anordnungen vorhanden waren. Der Stab ist außerdem der Ansicht, daß die Anordnungen bereits gestern nicht voll eingeleitet worden sind, und deswegen auf die in der Nacht vom Donnerstag benannten vorangegangenen Anordnungen auf Führer der Einwohnerverschutz und der Wahrenfelder Freiwilligen. Ferner besteht die Ansicht, daß gewisse benannte Wahrenfelder Freiwillige nicht bedingungslos freigegeben wurden, vielmehr die meisten in Haft blieben, die sich weigerten, nicht mehr zu den Waffen zu greifen. Dies trifft namentlich auf sämtliche Garagisten zu. Es wird auch mit Rücksicht gemacht, daß es nicht möglich sei, die gesamte Bewachung vollständig zu machen. Ebenso wurde kommunistische Verhärterung an Dresden, Leipzig und Bremen festgestellt, die sich unter Vorlegung ihrer Mitgliedsbücher bei der Volkswehr anzumelden suchten.

Was dem „Hamburger Echo“ haben in der Nacht zum Donnerstag Einbrecher und Räubere in vielen Stellen wertvolle Beute gemacht. Angriffe auf die Postämter, Strafanstalt und Korrekptionsanstalt blieben ohne Erfolg. Eine bewaffnete Bande überfiel das Rathaus Stellingen-Kanonenfeld, wo sie etwa 3000 Mark und etwa 12 Zentner Gold erprete. Die wenigen vorhandenen Waffen nahmen sie an sich.

Hamburg, 27. Juni. (E. L.)

In der gestern nachmittag fortgesetzten Versammlung der Betriebsräte, Vertrauensleute usw. im Gewerkschaftshaus wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Vollversammlung der Hamburger Betriebsräte befindet sich nicht in den festen Willen, in Gemeinschaft mit der Volkswehr die Ruhe und Ordnung in Hamburg aufrecht zu erhalten und fordert die gesamte Hamburger Arbeiterschaft auf, ihre Bestrebungen nachdrücklich zu unterstützen. Sie besteht jedoch nicht, daß gegenwärtige Streik am Werk sei, die mit den Führern der Reichswehrtruppen vereinbarte Abmachung, besonders wegen der Abhängigkeit der wider

haltung der Arbeiterschaft nicht garantieren könnten. Finanzminister Dr. Südekum betonte, daß in Zukunft die Entschärfung der Eisenbahn von der Reichswehr der Eisenbahntruppen abhängig sein und daß die Regierung hier nicht mehr die freie Hand besäße, wie vor dem Friedensschluß. In ähnlicher Sinne sprach Minister Celler, der in den überpannten Forderungen der Eisenbahner den unannehmlichen Zustand zu sehen glaubte und zu den Verhandlungen der Eisenbahner die Regierung für den Fall der Verweigerung aller Forderungen so unentschieden in die Welt hinaus zu werfen, daß ein Instabilität gar nicht mehr zu denken sei. Celler und Schmidt wüßten unter solchen Umständen nicht mehr zu helfen. Der Reichsverkehrsminister Schmidt sprach ausführlich über die Schwierigkeiten, welche der Regierung bei der Befreiung von Lebensmitteln gemacht würden. Gerade die Streiks und vor allem die Ausfälle in der öffentlichen Verkehrsmittel zu einer besondern Einwirkung unseres Geldes. Wenn in Deutschland gearbeitet würde, wenn die Arbeiterschaft die monatlichen Monatsgehälter bezöge, dann hätten wir längere Zeit bessere Ernährungsberechtigungen. Die Regierung hat jedoch die Absicht, es werde keine Hauptaufgabe sein, mit allen Mitteln eine Senkung der Lebensmittelpreise herbeizuführen.

Gegen Mitternacht

erhalten eine Delegation der Eisenbahnen des Potsdamer Bahnhofs und erklärte dem Ministerpräsidenten Hirth, daß sie von ihm sofort eine Erklärung verlangen, wie er sich zu der Entlassungsbefugnis für die Weibchen, zu den Familienzuführern und zu den Nachstellungen der Forderungen der Eisenbahner stelle. Wenn der Ministerpräsident sich nicht sofort klar über die Punkte äußerte, würden am heutigen Morgen 200 Beamte des Potsdamer Bahnhofes in den Streik treten und es sei wahrscheinlich, daß die Beamten der anderen Bahnhöfe ebenfalls streikend würden. Der Ministerpräsident war durch das Ultimatum dieser Beamtenvertreter ebenfalls überrascht wie die Vertreter der Eisenbahnercorporationen und der Ausschüsse. Minister Hirth hatte schließlich, daß die Eisenbahnen der preussischen Regierung bisher überhaupt noch keine formulierte Forderungen vorgelegt haben. Er könne deshalb auch selbstverständlich zu dem Ultimatum einer kleinen Gruppe nicht ohne weiteres Stellung nehmen. Er ernehme die Forderung der Eisenbahner voll und ganz an. In der Regierung werde alles tun, was in ihren Kräften stünde. Die Verhandlung für einen beidseitigen Verlauf der Verhandlungen — jedoch, daß die Verbände und die Arbeiterschaft mit allen Kräften dahin wirken, daß der Streik im Laufe des

Bewachung, erfüllbar zu machen, so daß die Möglichkeit eines Generalstreiks der Regierungstruppen noch nicht abzuwarten erscheint. Sollte dieser bedrohliche Umstand gegen unsere Forderung doch eintreten, so stellt sich die Veranlassung hinter den Beschluß der Volkswehr, daß in diesem Falle, um jedes provokative Verhalten zu vermeiden, den Regierungstruppen kein bewaffneter Widerstand entgegenzusetzen wird.“

Der Senat veröffentlichte eine Bekanntmachung, in der er zur Ruhe und Ordnung aufruft, um die Ernährung Hamburgs, die weitere Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland und das gesamte Wirtschaftslieben nicht in Unordnung zu bringen, und sich gegen die von der Sozialkommission aufgestellte Behauptung wehrt, daß die politische Gewalt auf die Betriebsräte und Volkswehr übertragen sein dürfte. Bürgerwehr und Senat seien die gesetzlichen Regierung.

Die Unruhen in Landsberg a. W.

Neue Ausfaltungen.

Landsberg (Werthe), 27. Juni.

Nachdem gestern gegen mittag den Unruhen in der Provinz durch Entschärfen einer Abteilung des Reichswehrregiments 64 ein Ende gemacht worden war, kam die Streik an der Seite des Tages an. Es wurde eine Einwohnerverschutz, an der sich die organisierte Arbeiterschaft, Volkswehr, Arbeiter und Unabhängige beteiligten. Im Laufe des Abends kam es zu Zusammenstößen auf dem Marktplatz, die in Scherereien ausarteten. Ein Mitglied der Einwohnerverschutz wurde erschossen, andere verletzt. Später wurde ein großes Konfessionsgebäude, die Filiale der Berliner Firma Handelsberg, vollständig ausgeplündert und die Lebensversicherung demoliert.

Die Plünderungen in Frankfurt.

Frankfurt (Oder), 27. Juni.

Infolge der Unruhen der vergangenen Tage wurde gestern mittag der Belagerungszustand verhängt. Als die Regierungstruppen das Rathaus besetzt hatten, verarmte sich, ungeachtet des Belagerungszustandes und entgegen den wiederholten Aufforderungen des Militärs, eine große Menschenmenge auf dem Marktplatz. Um den Platz zu räumen, waren die Regierungstruppen nach wiederholten Schreckschüssen gezwungen, scharf zu schießen. Es gab 3 Tote und 24 Verwundete. Gegen 9 Uhr unternahm eine nationalsozialistische organisierte Arbeiter den Sturm der inneren Stadt. Die Regierungstruppen wurden in die Straßen zurückgejagt, selbst herrscht Ruhe. Es kommt immer mehr zur Geltung, daß die Unruhen von auswärtigen Elementen hervorgerufen sind.

heutigen Freitag aufgehoben werde und die Arbeit in den Werkstätten wiederhergestellt werden kann.

Gegen 1 Uhr nachts wurde eine

Kommission

gebildet, in welcher Vertreter des Eisenbahnamts, des preussischen Ministeriums, des Reichsausschusses und der Eisenbahnervereinigungen und in weiterer Beratung einen Einigungsweg suchen sollen. Es wurde ferner beschlossen, am heutigen Freitag mittag die Verhandlungen wieder zu beginnen. Heute nachmittag nahmen die Vertreter der preussischen Landesparlamentarier zum Eisenbahnerstreik und zu den gestrigen Verhandlungen Stellung.

Die Lohnbewegung der Straßenbahner. In der gestern abend von den Angehörigen der Großen Berliner Straßenbahn abgehaltenen Versammlung, in der über die Lohnbewegung Beschlüsse gefaßt werden sollte, wurde beschlossen, vorläufig nicht in einen Streik einzutreten, sondern abzuwarten, welches Ergebnis die im Juli stattfindende Generalversammlung haben wird.

Bombenattentat auf das Eisenbahnamt.

Auf das Gebäude des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, Cade-Wohlfahrt und Wilhelmstraße, wo seit gestern nachmittag 11 Uhr die große Nacht hinein Einigungsverhandlungen zwischen der Regierung und Eisenbahner stattfanden, wurde etwa gegen 12 1/2 Uhr nachts ein Attentat begangen. Nachdem vier Gewehrschüsse abgefeuert worden waren, waren unbekannte Täter eine Bombe gegen das Gebäude, wodurch in dem Ministerium und den angrenzenden Gebäuden etwa 200 Fenster zertrümmert in Trümmer gingen.

Gestern, 26. Juni.

Die Gestörten Eisenbahner beschlossen einstimmig in einer Versammlung den Streik. Seit gestern ruht der gesamte Eisenbahnerverkehr in Niederdeutschland.

Der neue Wäandener Oberbürgermeister, Reichstagsabgeordneter Edward Schmidt, Redakteur der „Wäandener Post“, ist dem der Unterstützung der H. S. B. mit 25 von 49 gültigen Stimmen zum ersten Bürgermeister gewählt worden.

